

zung über Provinzgrenzen hinweg hat inzwischen mehr als 20 Mio. Menschen erfaßt. (RMRB, 7.1.94) Etwa 60 Mio. Bauern sollen sich innerhalb ihrer Heimatprovinzen auf Wanderschaft begeben haben, um Arbeit zu suchen. Auf dem Land muß mit insgesamt bis zu 140 Mio. überschüssigen Arbeitskräften gerechnet werden.

Die *Volkszeitung* hat deshalb eine kooperative Steuerung der Wanderungsströme zwischen den Regionen befürwortet. 1992 habe die Provinz Guangdong, die das Ziel besonders vieler Migranten ist, in Zusammenarbeit mit neun anderen Provinzen mit der Beobachtung und Kontrolle der Binnenwanderung begonnen. Die Kooperation habe zu einem starken Rückgang der spontanen Zuwanderung geführt. In Guangdong ist kürzlich auch mit der planmäßigen Umsiedlung von Menschen aus den armen nördlichen Gebieten der Provinz (wo ungefähr 200.000 Menschen auch 1993 nicht genug Nahrung und Kleidung hatten) in neue Wohngebiete begonnen worden. Zum Teil würde die lokale Industrie die Arbeitskräfte aufnehmen, zum Teil würde den Bauern neues Land zugeteilt. (XNA, 9.1.94; RMRB, 7.1.94) -hei-

---



---

## Kultur

---



---

\*(14)

### Einführung des Akademiesystems

Auf Beschluß des Staatsrats wurde jetzt in China das Akademiesystem eingeführt, wie es auch in anderen Ländern besteht. Wer bisher Mitglied einer Sektion der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (*Zhongguo kexueyuan xuebu weiyuan*) war, trägt jetzt die Bezeichnung "Akademienmitglied" (*Zhongguo kexueyuan yuanshi*). (GMRB, 22.1.94) Bereits in den fünfziger Jahren während der Aufbauphase der Akademie, so heißt es in der Meldung, sei vorgesehen gewesen, das Akademiesystem und die Bezeichnung *yuanshi* einzuführen, doch sei es dann nicht dazu gekommen. Von nun an sei *yuanshi* der höchste akademische Titel, der sowohl im Inland als auch im Ausland hohe Anerkennung genieße. Die chinesischen Akademienmitglieder

stünden auf der gleichen Stufe wie die Mitglieder anderer Akademien in der ganzen Welt.

Erst im Dezember waren 59 neue Akademiemitglieder in die Chinesische Akademie der Wissenschaften, die angesehenste nationale Wissenschaftsinstitution, aufgenommen worden (GMRB, 30.12.93; namentlich aufgeführt in XNA, 31.12.93). Die meisten der neuernannten Wissenschaftler gehören Instituten der Akademie der Wissenschaften an, ein großer Teil aber auch Universitätsinstituten. Akademiemitglied mit dem ehrenvollen Titel *yuanshi* sind derzeit 545 Wissenschaftler (XNA, 22.1.94).

Eine weitere Neuerung ist, daß ab 1994 auch namhafte ausländische Wissenschaftler zu Mitgliedern der Chinesischen Akademie der Wissenschaften ernannt werden können. Einzelheiten über die Modalitäten teilte der Präsident der Akademie, Zhou Guangzhao, Ende Dezember auf einer Pressekonferenz mit. Wählbar seien international anerkannte Wissenschaftler, die sich um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in China besonders verdient gemacht haben. Der Kandidatenaufstellung müsse vom Präsidium der Akademie zugestimmt werden, nachdem zuvor das Empfehlungsschreiben von mindestens fünf Akademiemitgliedern unterzeichnet worden sei. Über die Aufnahme würde in geheimer Abstimmung auf der Sektionsversammlung der Akademie entschieden, wobei eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Erstmals seien 1993 chinesische Wissenschaftler aus Taiwan, Hongkong und Macao als Kandidaten aufgestellt worden, doch habe keiner von ihnen die erforderliche Stimmenmehrheit erreicht. Er hoffe aber, so der Präsident, daß dies in nächster Zukunft der Fall sein werde. Allerdings müßten sich in Taiwan, Hongkong oder Macao lebende chinesische Wissenschaftler, die einen ausländischen Paß besitzen, dem gleichen Wahlverfahren unterziehen wie ausländische Wissenschaftler. (XNA, 30.12.93)

Der Präsident erläuterte ferner, daß ausländische Akademiemitglieder in den Genuß aller Privilegien kämen, die die Akademie zu bieten habe. Dazu gehörten beispielsweise die Teilnahme an den Sektionsversammlungen der Akademie, die Möglichkeit, wissenschaftliche Arbeiten in den Akademie-

zeitschriften zu veröffentlichen, sowie das Recht, Vorschläge zu unterbreiten und die offiziellen Publikationen der Akademie zu erhalten. (Ebd.)

Einem Sprecher der Akademie zufolge werden die ersten ausländischen Mitglieder auf der 7. Vollversammlung der Akademiemitglieder im Mai 1994 gewählt. Die Neuerung solle den Wissenschaftsaustausch und die internationale Kooperation fördern. Als Ausdruck des zunehmenden Ansehens chinesischer Wissenschaftler in der Welt führte er die Tatsache an, daß über 200 Mitglieder der Chinesischen Akademie der Wissenschaften Positionen in wichtigen internationalen akademischen Institutionen innehätten. Mit Akademien anderer Länder seien 64 Abkommen geschlossen worden. Auch der Akademiepräsident wies auf die intensive Zusammenarbeit mit ausländischen Kollegen hin, namentlich auf ein chinesisch-amerikanisches Projekt auf dem Gebiet der Hochenergiephysik. Zugleich erwähnte er die beträchtlichen Mittel, die die Akademie aus internationalen Fonds zur Erforschung der Wüsten, mineralischen Rohstoffe und globalen Veränderungen sowie für Forschung auf dem Gebiet der Geochemie erhalten habe. Er rief die Akademiemitglieder zu weiterer substantieller Kooperation mit ausländischen Kollegen auf, z.B. durch die Errichtung transnationaler Versuchsanlagen und Forschungszentren. (XNA, 27.1.94)

Forschung, zumal wenn sie dazu angeht, dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt Chinas zu dienen und das internationale Ansehen des Landes zu fördern, gilt sowohl in der offiziellen Sicht als auch im Selbstverständnis der Wissenschaftler als nationale Aufgabe und Ehrensache. In vielen wissenschaftspolitischen Äußerungen ist das deutliche Bestreben Chinas zu erkennen, sich - zumindest auf ausgewählten Gebieten - einen Spitzenplatz in der internationalen Wissenschaft zu erobern. Dabei geht es zum einen um die nationale Ehre - nämlich die Einreihung Chinas als gleich- und vollwertiges Mitglied in der internationalen Wissenschaft -, zum anderen aber auch um wirtschaftliche Interessen. Die chinesische Wissenschaft arbeitet stark anwendungsorientiert, auch wenn die Notwendigkeit der Grundlagenforschung immer wieder betont wird, wie es erst jüngst Wen Jiabao, Mitglied des ZK-Sekretariats, tat (vgl. RMRB, 4.1.94). Die Förderung der Grundla-

genwissenschaft wird als Langzeitstrategie betrachtet, die in mehr oder weniger langen Zeiträumen zu anwendbaren, entwicklungsfähigen und letztlich zu vermarktenden Ergebnissen führen wird und somit einen Beitrag zur Erfüllung des alten Traums leisten wird, China "reich und stark" zu machen. -st-

\* (15)

#### Chinas Spitzenposition in angewandten Wissenschaften

Nach chinesischem Selbstverständnis befindet sich die VR China auf dem Wege, innerhalb weniger Jahre in den Bereichen Biochemie, Mikrochip-, Elektronik- und Computerindustrie sowie in der Agronomie eine weltweit führende Position einzunehmen und für Europa, die USA und Japan eine Herausforderung zu werden. Auch in der Satellitentechnik mit eigenen Trägerraketen und in der Weltraumforschung verfolgt China ehrgeizige Pläne. Dies ließ Staatsrat Song Jian, zugleich Leiter der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, in einem Gespräch mit dem *Handelsblatt* (5.1.94) verlauten. Der Technologietransfer in die VR China, so erklärte Song Jian, gehe heute viel schneller vorstatten als seinerzeit in Japan, Südkorea und anderen ost- und südostasiatischen Staaten. Auch gebe kein anderes Land soviel für die Modernisierung von Industrie und Agrarwirtschaft aus wie China - 100 Mrd. Dollar jährlich allein für den Einkauf von Technologie. (Die Zahl kann so nicht stimmen, denn sie bezieht sich auf den gesamten Import pro Jahr. Der reine Technologieimport umfaßte laut *Almanach of China's Foreign Economic Relations and Trade 1992/93* im Jahre 1991 die Summe von 3,459 Mrd. US\$. Unter Berücksichtigung von Steigerungen kann es sich demnach höchstens um eine Größenordnung von 10 Mrd. US\$ handeln.) Hinzu kämen Investitionen aus dem Ausland; 1993 habe China vom Ausland Investitionszusagen in fast gleicher Höhe erhalten.

In der Biochemie sei China bereits jetzt schon führend in der Welt; hier gelte es allerdings, die Forschungsergebnisse in Produkte umzusetzen. In der Biotechnologie werde China in drei bis fünf Jahren eine Spitzenposition haben; auf diesem Gebiet würden Zehntausende junger Wissenschaftler

arbeiten, und zwar ohne die Restriktionen, mit denen die Gentechnik im Westen belegt sei. Bis zum Ende des Jahrhunderts werde China mit Mikroelektronik-Produkten auf den internationalen Märkten mit Taiwan und Südkorea konkurrieren. Man habe den Japanern eine Kooperation im Mikrochip- und Elektroniksektor angeboten, doch japanische Firmen hätten eine "zurückhaltende Bescheidenheit" gezeigt. Aber China habe keine Schwierigkeiten mit dem Technologietransfer, denn es könne weltweit einkaufen, und praktisch gebe es keine Cocom-Kontrollen mehr. Auf dem Gebiet der Satellitentechnik habe man eine Kooperation mit MBB begonnen. Für das chinesische Weltraumprogramm benötigte Technologie wolle man in Deutschland kaufen.

Zur Raketentechnik Chinas sagte Song Jian, China verfolge hier neben Verteidigungszwecken zwei Ziele: Zum einen wolle man bis zum Ende des Jahrhunderts mehrere Dutzend Kommunikations- und Datenübertragungssatelliten mit chinesischen Trägerraketen in den Weltraum befördern, zum anderen wolle man den Weltraum erforschen und bemannte Raketen ins Weltall schicken.

Auch im Computer- und Software-Bereich strebe China eine führende Position an. Eine Tochterfirma der Peking-Universität habe die gesamte Software für das chinesische Verlagswesen entwickelt. Verlage in Hongkong, Singapur und Taiwan benutzten die in Beijing entwickelte Software ebenfalls. Schließlich verwies Song Jian auf die Fortschritte in Chinas Agrarsektor, insbesondere auf die Einführung neuer Technologien in der Geflügel-, Vieh- und Fischzucht. Auch bei Gartenbauprodukten, Obst, Reis, Zucker und bestimmten Weizensorten werde China auf den Weltmärkten ein wichtiger Konkurrent sein. -st-

\* (16)

#### Aufgaben im Erziehungswesen für 1994

Wie im vergangenen Jahr hielt der Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission auch in diesem Jahr wieder am 11. Januar eine nationale Telefonkonferenz über die Aufgaben im Erziehungsbereich für das Jahr 1994 ab. An der Aufgabenstellung las-

sen sich die bildungspolitischen Schwerpunkte, aber auch die Probleme im gegenwärtigen Bildungswesen ableiten. Zhu Kaixuan sprach in seinem Arbeitsbericht für das Jahr 1993 zunächst die hauptsächlichsten Probleme an, nämlich die unzureichende Koordination zwischen der Bildungsreform und der Reform des wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und politischen Systems; die sich zuspitzende Finanzlage im Bildungswesen; die niedrigen Lehrergehälter und insbesondere die mangelhafte Lösung des Problems der Rückstände bei den Lehrergehältern; die Abwanderung von Lehrern in andere Berufe und die zunehmende Zahl der Schulabbrecher; die Tatsache, daß eine ganze Reihe von Hochschulen aufgrund fehlender Voraussetzungen den schnell ansteigenden Studentenzahlen nicht gewachsen sind; und schließlich Mängel bei der Makrokontrolle über die Bildungsreform. Alle diese Probleme müßten durch eine Intensivierung der Bildungsreform angegangen werden. (Vgl. RMRB, 12.1.94; Xinhua Inlanddienst, 11.1.94, nach SWB, 14.1.94)

Was die Aufgaben für das Jahr 1994 betrifft, so soll sich die Arbeit an den beiden wichtigsten Dokumenten des letzten Jahres orientieren, nämlich an dem "Programm zur Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens" (verabschiedet Ende 1992 und veröffentlicht im Februar 1993, vgl. C.a., 1993/2, Ü 9) sowie dem Lehrergesetz (verabschiedet im Oktober 1993, vgl. C.a., 1993/10, Ü 19 u. 1993/11, Ü 12).

*Elementarbildung:* Schwerpunkte der Arbeit sollen Zhu Kaixuan zufolge die "zwei grundlegenden Aufgaben" (*liang ji*) sein, nämlich die Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht sowie die Ausrottung des Analphabentums unter Erwachsenen (ebd.). Wie schon im letzten Jahr wurde die Provinzebene aufgefordert, genaue Pläne für die Verwirklichung der allgemeinen Schulpflicht aufzustellen, wobei je nach den örtlichen Bedingungen der Kreise und Gemeinden unterschiedliche Tempi gestattet sind (RMRB, GMRB, 12.1.94). Die Aufstellung verbindlicher Pläne läßt offensichtlich zu wünschen übrig, sonst wäre diese Forderung nicht wiederholt worden. Außerdem sollen Maßnahmen zur Unterstützung von Grenzgebieten und armen Gebieten festgesetzt wer-

den, damit diese die Schulpflicht innerhalb bestimmter Fristen einführen können. Die Grundschulbildung, so hieß es, sei bis Ende 1993 in gut 90 Prozent der bewohnten Gebiete "im wesentlichen" eingeführt und die Analphabetenrate unter Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen auf etwa 7 Prozent gesenkt worden (RMRB, 12.1.94). Im Jahre 1994 sollen mindestens 4 Millionen Analphabeten alphabetisiert werden (GMRB, 12.1.94).

Die "zwei grundlegenden Aufgaben", d.h. Elementarbildung und Ausrottung des Analphabetentums, scheinen in diesem Jahr mehr in den Vordergrund gerückt zu sein. Dies ist insofern notwendig, als beide Aufgaben aufgrund des Mangels an finanziellen Mitteln und der Lehrerproblematik (ungezahlte und zu niedrige Gehälter, Abwanderung in andere Berufe) nicht genügend vorangebracht werden können.

*Hochschulbildung:* In diesem Bereich wurden im wesentlichen die gleichen Richtlinien wie im letzten Jahr ausgegeben. Die Betonung soll weiterhin auf Qualitätssteigerung, Strukturverbesserung und höherer Effektivität liegen. Bezüglich der Studenten wird jetzt wieder eine Richtung vertreten, wie sie schon vor 1989 angestrebt, in den letzten Jahren aber zur Beruhigung der Studenten zurückgestellt worden war: Die "beiden Garantien" (*liang bao*) von seiten des Staates, nämlich die staatliche Finanzierung des Hochschulstudiums und die staatliche Arbeitsplatzgarantie, sollen zugunsten der Selbstfinanzierung und eigenen Stellensuche reformiert werden. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten für Stipendien, Darlehen und Werkstudium verbessert werden. (RMRB, 12.1.94) Auch hier macht sich die Finanzknappheit entscheidend bemerkbar.

Neu in die Aufgabenstellung im Hochschulbereich aufgenommen ist die Durchführung des "Projekts 211", das sich erst im Laufe des vergangenen Jahres konkretisiert hat (vgl. dazu C.a., 1993/7, Ü 15). Dabei geht es um die besondere Förderung von etwa hundert Schwerpunkthochschulen und -fächern, mit denen Chinas wissenschaftlich-technische Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt werden soll, zumal mit Blick auf das 21. Jahrhundert. Die Forderung lautet, dieses Projekt in Angriff zu nehmen und die entsprechenden Investitionen zu tätigen

sowie die Begutachtung der in Frage kommenden Hochschulen vorzunehmen (GMRB, 12.1.94). Unabhängig davon hat der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing jedoch vor einer zu schnellen Umsetzung des Projekts gewarnt (vgl. dazu die Übersicht zum "Projekt 211").

*Beruflich-technische Bildung:* Hier sind gegenüber dem vergangenen Jahr keine neuen Richtlinien eingeführt worden. Der Staat hat sich ganz aus der Verantwortung zurückgezogen, diese soll vornehmlich den Unternehmen überlassen bleiben. Die beruflich-technischen Schulen sollen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit der Branchen, Unternehmen und gesellschaftlichen Kräfte betrieben werden. Wie im letzten Jahr soll vor allem die Fachschul- und Fachhochschulbildung vorangerieben werden, um den Absolventen der unteren und oberen Mittelschule eine berufliche Bildung zu vermitteln. (GMRB, 12.1.94, Xinhua, a.a.O.)

*Finanzen:* In diesem Jahr, so Zhu Kaixuan, habe der Staat allen ihm unterstehenden Bildungsinstitutionen deutlich mehr Mittel zugewiesen. Zur Unterstützung der Pflichterziehung soll ein Sonderfonds für die Regierungen auf Zentral-, Provinz-, Kreis- und Stadtebene eingerichtet werden, der schrittweise aufgestockt werden soll. Vor allem aber werden die Finanz- und Steuerämter aufgefordert, so schnell wie möglich mit der Erziehungsabgabe, die in den Städten und auf dem Lande eingesammelt wird, überzukommen und Maßnahmen für das Einsammeln der Abgabe zu unternehmen. Außerdem sollen die in den Schulen erhobenen Gebühren durch die Zentral- und Provinzbehörden vereinheitlicht werden. (Ebd.) -st-

\*(17)

#### **Aufstockung des Bildungsetats und Konsolidierung der Lehrergehälter**

Die unzureichenden Finanzen sind einer der wesentlichen Gründe für den langsamen Fortgang der Bildungsreform. Deshalb hat die Staatliche Erziehungskommission jetzt dem Staatsrat einen Plan zur Aufstockung des Bildungsetats unterbreitet. Dem Vorsitzenden der Erziehungskommission Zhu Kaixuan zufolge basiert der Plan auf einer Bedarfsanalyse im Erziehungswesen bis zum Jahr 2000. Der im

Staatshaushalt vorgeschriebene Anteil für das Erziehungswesen müsse deutlich erhöht werden, insbesondere zur Förderung der Pflichterziehung seien zusätzliche Mittel bereitzustellen. In Diskussion sei außerdem die Ausdehnung der Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen auf "soziale Dienste" und die Ausnahme schuleigener Betriebe von dieser Ergänzungsabgabe (XNA, 12.1.94). Bisher ist die Abgabe von allen Betrieben und Einzelpersonen zu zahlen, die der Produktions-, Mehrwert- und Gewerbesteuer unterliegen, wobei bestimmte soziale Dienste aber offenbar ausgenommen waren (vgl. C.a., 1993/12, Ü 26). Geplant sei ferner, so Minister Zhu, die Errichtung einer "Trust & Investment Company" für das Erziehungswesen und eines Fonds für die Entwicklung des Erziehungswesens. Um dem Mißbrauch von Erziehungsgeldern vorzubeugen, solle ein Evaluierungs- und Überwachungssystem eingerichtet werden. Weitere Vorschläge zur Verbesserung der Finanzlage im Bildungswesen betreffen dem Minister zufolge die Einbeziehung der Erziehungsabteilungen in den Prozeß der Aufstellung der Bildungshaushalte in den jeweiligen Regierungen und die Verbesserung der Beschaffung von Mitteln für das ländliche Erziehungswesen. Auch das Problem der Lehrergehälter sprach der Minister an. Hier strebten die Erziehungskommission und das Personalministerium eine weitere Anhebung sowie die Bestrafung derjenigen an, die die Gehaltszahlungen an die Lehrer aussetzen (ebd.).

Was die Rückstände bei Lehrergehältern betrifft, so scheint es in dieser Frage gute Erfolge zu geben. Belieft sich die Summe nicht gezahlter Lehrergehälter im September 1993 noch auf 1,43 Mrd. Yuan, so konnte sie einem Sprecher der Staatlichen Erziehungskommission zufolge bis zum 31.12.93 auf 309 Mio. Yuan gesenkt werden (GMRB, RMRB, 12.1.94). Mit Ausnahme von Beijing und Tibet, wo die Zahlung der Lehrergehälter nicht ausgesetzt war, haben 18 Provinzen, provinzfremde Städte und autonome Gebiete die ausstehenden Lehrergehälter entweder vollständig oder im wesentlichen bezahlt. Es handelt sich um die folgenden: Shanghai, Tianjin, Guangdong, Gansu, Yunnan, Jilin, Sichuan, Qinghai, Hainan, Jiangxi, Liaoning, Heilongjiang, Guangxi, Jiangsu, Guizhou, Shandong, Ningxia und Zhejiang.

Zehn Provinzen haben in unterschiedlichem Maße noch Rückstände zu verzeichnen; unter ihnen befinden sich acht, bei denen die Rückstände über 10 Mio. Yuan betragen, nämlich Henan (mit 120 Mio. Yuan schuldet es den Lehrern am meisten), Hubei, Anhui, Hebei, Innere Mongolei, Hunan, Shaanxi und Fujian. Die Staatliche Erziehungskommission hat alle Provinzen aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die ausstehenden Lehrergehälter bis zum Frühlingsfest vollständig ausgezahlt werden. (Ebd.)

Seitdem das Problem der Rückstände bei Lehrergehältern öffentlich kritisiert wird (vgl. dazu C.a., 1993/1, Ü 34), versucht die Regierung, bei den Provinzen auf die Lösung des Problems zu drängen. Dies hat dazu geführt, daß sich die meisten Provinzfürhungen selbst um die Angelegenheit kümmern und teilweise rigorose Maßnahmen ergreifen. So wird beispielsweise verfügt, daß dort, wo keine Lehrergehälter gezahlt werden, auch die Kader von Regierungsorganen keine Gehälter erhalten dürfen; oder daß in den betreffenden Kreisen und Städten nicht mehr mit öffentlichen Mitteln gebaut werden darf, keine Autos mehr gekauft und keine Auslandsreisen mehr unternommen werden dürfen. Der Sprecher der Staatlichen Erziehungskommission plädierte nicht nur für eine Anhebung der Lehrergehälter, sondern auch für neue Mechanismen zur Sicherung der Lehrergehälter, damit sich die Mißstände nicht noch einmal wiederholen. (GMRB, RMRB, 12.1.94)

Die chinesische Regierung hat erkannt, daß der Erfolg der Bildungsreform zu einem wesentlichen Teil von den Lehrern abhängt. Können die Lehrkräfte nicht entlohnt werden, weil die dafür vorgesehenen Gelder für andere Zwecke verwendet oder gar veruntreut werden, dann helfen alle Bemühungen um die Verwirklichung der Schulpflicht und die Sicherung der Elementarbildung nichts. Dies aber wird in China derzeit als die wichtigste bildungspolitische Aufgabe betrachtet. -st-

\*(18)

#### "Projekt 211": Warnung vor zu schneller Umsetzung

Das "Projekt 211", das Ende 1992 ins Auge gefaßt wurde und im Laufe des Jahres 1993 konkrete Form annahm (vgl. dazu C.a., 1993/7, Ü 15), scheint

in China nicht unumstritten zu sein. Das Projekt ist ein auf das 21. Jahrhundert gerichtetes ehrgeiziges Programm, mit dem etwa einhundert Universitäten und Hochschulen sowie Schlüsselwissenschaften gefördert werden sollen. Die auszuwählenden Einheiten sollen eine Vorbildfunktion ausüben, und zwar einerseits in bezug auf Qualitätsstandard, wissenschaftliches Niveau und Leistungsfähigkeit, andererseits in bezug auf die Reform der Hochschulverwaltung und -finanzierung. Obwohl von Anfang an feststand, daß das Projekt erst im Laufe von mehr als zehn Jahren realisiert wird und nicht alle hundert Einheiten zugleich ausgewählt werden, hat schon jetzt ein harter Wettkampf zwischen den einzelnen Hochschulen eingesetzt; denn sind diese einmal für das Projekt ausgewählt worden, winken ihnen zusätzliche staatliche Mittel und andere Vorteile (vgl. hierzu XNA, 28.1.94).

In dieser Situation hat jetzt der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing, der sich in der Öffentlichkeit insbesondere für die Belange des Erziehungswesens einsetzt und viel dafür tut, die strategische Bedeutung des Bildungswesens ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken, vor einer zu schnellen Umsetzung des "Projekts 211" gewarnt. Den Forderungen mehrerer Universitäten, in das Projekt aufgenommen zu werden, trat er anläßlich einer Inspektionsreise nach Zhejiang und Shanghai mit der Äußerung entgegen, es handle sich um einen längeren Aufbauprozess, und man dürfe nichts überstürzen. Bemerkenswert ist, daß Li Lanqing an die Aufnahme in das Projekt zusätzlich zu den von der Staatlichen Erziehungskommission festgelegten Kriterien noch drei weitere Bedingungen knüpft:

1. Universitäten oder Hochschulen in Provinzen, in denen die Elementarbildung nicht gewährleistet ist und die noch nicht einmal die Lehrergehälter auszahlen können, dürfen nicht in das "Projekt 211" aufgenommen werden.
2. Die Universitäten oder Hochschulen müssen bei sich selbst grundlegende Reformen einführen und nicht alles beim alten belassen; sonst können sie nicht aufgenommen werden.
3. Die Universitäten oder Hochschulen müssen veranlaßt werden, sich mit ihren Stärken gegenseitig zu

ergänzen und das Projekt gemeinsam aufzubauen.

(Vgl. RMRB, 11.1.94)

Insbesondere mit dem ersten Punkt hat sich Li Lanqing wiederum als Anwalt der Verbreiterung des allgemeinen Bildungsstandards erwiesen. Tatsächlich scheint es widersinnig, ehrgeizige wissenschaftliche Projekte in einer Provinz zu fördern, wo noch nicht einmal die Voraussetzungen für die allgemeine Schulpflicht gegeben sind. Mit dem zweiten Punkt spricht Li das Problem an, daß manche Universitäten nur oberflächliche Reformen einführen, sich im Grunde aber auf den eingefahrenen Wegen bewegen und alle Kraft darauf legen, die Begutachungskriterien für die Aufnahme in das Projekt zu erfüllen. Der dritte Punkt schließlich wendet sich gegen die Praxis der Universitäten, für sich allein auf die Erfüllung der Aufnahmekriterien hinzuwirken und nicht nach dem Prinzip der Arbeitsteilung in vernünftiger Weise zu kooperieren, um gemeinsam ein Optimum zu erzielen. -st-

\*(19)

#### Verminderte Bildungschancen für Mädchen

Seit neuestem schenken die chinesischen Medien einem bislang vernachlässigten Aspekt des Bildungswesens zunehmende Aufmerksamkeit: der Benachteiligung von Mädchen im Bildungswesen. Dabei ist das Problem nicht neu; mit den fortschreitenden Wirtschaftsreformen tritt es seit den achtziger Jahren immer offener zutage. Von den 180 Millionen Analphabeten in ganz China (1990) sind zwei Drittel Frauen, und von den 2,111 Millionen Kindern im Alter zwischen 7 und 11 Jahren, die keine Schule besuchen, sind 1,716 Millionen oder 81% Mädchen (GMRB, 12.1.94).

Die Benachteiligung von Mädchen macht sich vor allem in ihrem geringen Anteil am Schulbesuch und ihrer hohen Schulabbrecherrate bemerkbar. Beide Probleme sind in den armen und unterentwickelten Gebieten und Grenzgebieten besonders akut. Die schlechtesten Bildungschancen haben Mädchen in Minderheiteengebieten. Im Schuljahr 1991/92 z.B. wurden in der Provinz Qinghai 84,3% der schulpflichtigen Kinder eingeschult; bei den Mädchen waren es nur 76,8%, bei Hui- und

Salaren-Mädchen sogar nur 50% bzw. 37%. Abgesehen von der niedrigen Einschulungsrate sind bei Mädchen vor allem Fernbleiben von der Schule und Schulabbruch ein großes Problem. Untersuchungen in den drei nordwestlichen Provinzen Gansu, Qinghai und Ningxia aus dem Jahre 1990 zeigen, daß bei der Einschulung der 6-7jährigen Kinder kein großer Unterschied zwischen Jungen und Mädchen besteht. Doch nach dem 8. Lebensjahr wird das Fernbleiben der Mädchen zu einem gravierenden Problem. Je älter die Mädchen werden, desto niedriger ist ihre Schulbesuchsrate. In der Altersgruppe der 10-14jährigen gingen in Gansu 32%, in Qinghai 43,6% und in Ningxia 27,4% der Mädchen nicht in die Schule. Diese Quoten liegen nicht nur weit über dem nationalen Durchschnitt von 19,2%, sondern sind auch weitaus höher als die der Jungen dieser Altersgruppe in den betr. Provinzen: in Gansu 15,5%, in Qinghai 12,8% und in Ningxia 13%. (GMRB, 12.1.94)

Diese Untersuchungsergebnisse, so der Bericht, zeigten deutlich die verminderten Bildungschancen der Mädchen in diesen Gebieten. Aufgrund der schlechten Ausgangsbedingungen hätten diese Mädchen auch später kaum Chancen, etwas aus ihrem Leben zu machen. Die meisten würden das gleiche Leben wie ihre Mütter führen, d.h. früh heiraten und früh Kinder bekommen. Analphabetentum reproduziere Analphabetentum, und Armut bringe Unwissenheit hervor. Warum, so wird in dem Bericht gefragt, können die Mädchen in diesen Minderheitengebieten nicht wie die Kinder in anderen Gebieten zur Schule gehen? Zur Beantwortung dieser Frage wird auf eine Untersuchung aus dem Jahre 1992 verwiesen, die in 15 Kreisen der drei genannten Provinzen zur Lage der Mädchenbildung auf dem Lande bei über 5.000 Mädchen im Alter zwischen 7 und 15 Jahren durchgeführt wurde. Fünf Gründe werden für die schlechte Bildungssituation der Mädchen in den unterentwickelten Minderheitengebieten genannt (ebd.):

1. Die schlechte wirtschaftliche Lage: Die 15 Kreise sind alle als arm eingestuft, und die Bevölkerung lebt größtenteils unterhalb des Existenzminimums.
2. Mangelndes Bewußtsein für Bildung: Das Bildungsniveau des Vaters ist niedrig, und die Mütter der

Mädchen, die nicht zur Schule gehen, sind zu 60% Analphabeten; in einigen Familien können die Mitglieder seit Generationen nicht lesen und schreiben.

3. Religiöse Gebote und Brauchtum: In islamischen Gebieten werden Mädchen ab 9 Jahren im Haus behalten und ab 10 Jahren verlobt. Danach ist es nicht mehr üblich, daß sie die Schule besuchen. Deshalb bricht ein großer Teil der Mädchen die Schule nach dem 3. oder 4. Schuljahr ab und kehrt ins Haus zurück. An vielen Grundschulen kommt es daher vor, daß in den höheren Klassen keine Mädchen sind.
4. Zu geringe Schuldichte: Aufgrund ungünstiger geographischer Verhältnisse gibt es oft nicht genügend Schulen, so daß die Kinder zu lange Schulwege zurücklegen müßten.
5. Lehrermangel: Es fehlt an Lehrern, vor allem herrscht ein Mangel an qualifizierten Lehrern und an Lehrerinnen. In den Weidegebieten Qinghais z.B. sind nur etwa 26% der Lehrer für den Unterricht qualifiziert. In einem Hui-Kreis in Ningxia mit einem Anteil von über 50% Hui (die Muslime sind) waren 1992 nur 12% aller Lehrkräfte weiblich, und von diesen gehörten wiederum nur 2,7% den Hui an. In manchen Gemeinden gibt es nicht eine einzige Hui-Lehrerin. In dem Kreis haben nur 70% aller Lehrer eine formale Qualifikation.

Daß diese schlechten Voraussetzungen für die Mädchenbildung nicht naturgegeben, sondern veränderbar sind, zeigt ein Projekt, das Anfang der neunziger Jahre in Gansu, Qinghai und Ningxia zu diesem Thema durchgeführt wurde und über das in dem Artikel berichtet wird (vgl. dazu auch C.a., 1993/12, Ü 15). In 15 armen Kreisen dieser drei Provinzeinheiten wurden 32 ländliche Grundschulen unterhalb der Gemeindeebene für den Versuch ausgewählt, die Situation für die Mädchenbildung zu verbessern. Die erfolgreiche Arbeit nach bereits einem Jahr belegen folgende Zahlen: An den 32 Versuchsschulen hatte sich 1992 im Vergleich zu 1991 die Gesamtzahl der Mädchen um 24,5% erhöht. Der Anteil der Mädchen an der Gesamtzahl der Schüler hatte sich in dieser Zeit von 33,7% auf 38,9% gesteigert. Der Anteil der eingeschulten Mädchen nahm von 47,7% auf 66,1% zu. Diese Erfolge wa-

ren nur in Zusammenarbeit zwischen Schule, Familie und Gesellschaft zu erreichen und kosteten, so heißt es, sehr viel Opferbereitschaft, Mühe und Verantwortungsbewußtsein (GMRB, 12.1.94).

Hinzuzufügen wäre, daß solche Anstrengungen auch viel Geld kosten und nur Erfolg haben, wenn sie von staatlicher Seite oder zumindest von seiten der betr. Provinz unternommen und unterstützt werden. Speziell in Minderheitengebieten, aber durchaus nicht nur dort, sondern auch in manchen hanchinesischen Gegenden, muß viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, bevor Mädchen die gleichen Bildungschancen eingeräumt werden wie Jungen. Tatsächlich hat sich seit Beginn der achtziger Jahre unter dem Einfluß der Modernisierung (die ja fast ausschließlich als wirtschaftliche und nicht als gesellschaftliche Modernisierung begriffen wird) die Bildungssituation für Mädchen vielerorts verschlechtert. Zumal auf dem Lande wird Bildung häufig als Luxus empfunden, insbesondere für Mädchen, denn für sie - so die immer noch verbreitete Meinung - lohnen sich Investitionen in die Bildung nicht, weil Mädchen nach der Heirat die Familie ohnehin verlassen. Sobald Mädchen als Arbeitskraft eingesetzt werden können, werden sie von der Schule genommen, um die Hausarbeit zu verrichten, während die Eltern arbeiten. Viele Familien auf dem Lande können auch die teilweise recht hohen Schulgebühren nicht zahlen, und wenn ja, dann zahlen sie sie eher für die Söhne als für die Töchter. Allerdings sind es nicht nur die traditionellen Vorstellungen, die die Mädchen benachteiligen. Auch von offizieller Seite wird zu wenig getan, um Mädchen bessere Bildungschancen zu sichern. Dieses Versäumnis wird nicht selten mit Blick auf den Arbeitsmarkt bewußt in Kauf genommen. -st-

\*(20)

#### 1.149 Frauen mit Dokortitel

In China gab es bis Ende 1993 insgesamt 1.149 Frauen mit einem Dokortitel. Diese Zahl veröffentlichte die *Volkszeitung* nach Angaben der *Chinesischen Frauenzeitung* am 15.1.94. Die Zahl wurde praktisch innerhalb eines Jahrzehnts erreicht, denn derselben Quelle zufolge gab es im Jahre 1983 lediglich eine Frau mit einem Doktor-

titel. Seit Einführung der akademischen Grade im Jahre 1981 haben in China selbst insgesamt 12.095 Personen den Doktorgrad erworben (ebd.). Zwischen 1949 und 1981 konnte man in der VR China keine Dokortitel erwerben. Noch heute holen sich die meisten Postgraduierten den Dokortitel im Ausland. Etwa ein Zehntel aller in China verliehenen Doktorgrade gehen an Frauen. Ob und wie sich dieser Anteil verändert, wenn die im Ausland erworbenen Doktorgrade einbezogen werden, ist nicht bekannt. -st-

\* (21)

### Archäologie im Dienste des Patriotismus

Archäologische Nachrichten haben in der Presse und damit in der Öffentlichkeit der VR China schon immer eine wichtige Stelle eingenommen, denn kaum eine andere Wissenschaft liefert so anschaulichen Stoff für den Nachweis der langen Geschichte und der großen kulturellen Leistungen des chinesischen Volkes. Wo immer möglich, werden solche Nachrichten in den Dienst einer Steigerung des chinesischen Selbstbewußtseins gestellt. Mit solcher Absicht veröffentlichte die *Volkszeitung* am 25. Januar 1994 einen ganzseitigen Artikel, der zwar keine neuen Funde meldete, aber unter der Überschrift "Neue archäologische Funde, die die Geschichte umschreiben" wichtige archäologische Entdeckungen der letzten zehn Jahre unter dem Gesichtspunkt schildert und analysiert, inwiefern diese zu einer veränderten Sicht der Vor- und Frühgeschichte führen. In dem Artikel werden drei Fragen behandelt, nämlich die nach dem Ursprung der Menschheit, nach dem Ursprung der chinesischen Kultur und nach dem Beginn der chinesischen Kultur.

Zur ersten Frage wird darauf verwiesen, daß die Paläontologie bislang davon ausging, daß die Wiege der Menschheit in Ostafrika lag, von wo der vor etwa 2 Mio. Jahren lebende Protomensch nach Asien wanderte. Diese These, so heißt es, sei nunmehr aufgrund der Fossilienfunde eines *homo erectus* im Kreis Wushan in Sichuan in den Jahren 1985/86 überholt. Der Wushan-Mensch soll vor 2,04-1,8 Mio. Jahren gelebt haben und wäre damit älter als der in Yunnan entdeckte Yuanmou-Mensch (vgl. dazu C.a., 1990/2, Ü 25 und 1990/11, Ü 27), des-

sen Fossilien die bis dahin ältesten auf chinesischem Boden waren. Daß der Wushan-Mensch auf dem Boden des heutigen China entstanden ist, schließen chinesische Paläontologen daraus, daß seine unmittelbare Vorstufe in der gleichen Kulturschicht entdeckt wurde, nämlich Fossilien eines Affenmenschen. In den achtziger Jahren, so fährt der Bericht fort, seien in China an mehreren anderen Stellen Menschenfossilien ausgegraben worden, von denen in Yunnan, Guangxi und Hubei, die Verwandtschaft mit dem Affenmenschen aufwies, bis hin zu den in Liaoning, Anhui und anderswo gefundenen Überresten des *homo sapiens*, der vor etwa 300.000 Jahren zuerst auftrat. Zugleich seien in jenen Jahren zahlreiche Funde altsteinzeitlicher Kultur entdeckt worden, und zwar an nahezu 1000 Plätzen, so vielen wie nirgendwo sonst auf der Welt. Stolz wird vermerkt, daß Fan Wenlan noch 1964 den Beginn menschlichen Lebens und kultureller Entwicklung in China auf die Zeit vor 400.000 - 500.000 Jahren angesetzt habe; gut zwanzig Jahre später könne man den Beginn menschlichen Lebens auf 2,04 Mio. Jahre vordatieren.

Aus all diesem wird nun die Schlußfolgerung chinesischer Wissenschaftler abgeleitet, daß nämlich China eine der Wiegen der Menschheit sei, d.h. daß sich der Mensch in China selbständig entwickelt habe und die These, daß alle Menschen vom ostafrikanischen *homo erectus* abstammen, unhaltbar sei. Untermauert wird die Schlußfolgerung dadurch, daß eine kontinuierliche Kette menschlichen Lebens über Hunderttausende von Jahren angenommen wird. Wie weit dies zulässig ist, muß die internationale Fachwelt entscheiden, aber Zweifel sind angebracht, denn abgesehen davon, ob die Datierungen immer nach neuesten wissenschaftlichen Methoden vorgenommen wurden, wäre auch vorstellbar, daß auf chinesischem Boden zwar kleine Gruppen von Protomenschen entstanden sind, sie aber isoliert und zeitlich begrenzt existierten. Um solche Zweifel zu widerlegen, sind sicherlich intensivere Forschungen erforderlich. Für den Verfasser des Artikels aber gibt es keine Zweifel: China ist für ihn ein Gebiet, wo der Mensch seit ferner Vorzeit in Erscheinung trat und eine großartige Zivilisation hervorbrachte.

Der zweite Fragenkomplex befaßt sich mit der inzwischen in der Fachwelt allgemein anerkannten These, daß der

Ursprung der chinesischen Kultur nicht allein am Huang He liegt, wie man noch vor wenigen Jahren annahm, sondern daß weitere Ursprünge in anderen Gegenden Chinas liegen, so namentlich am Chang Jiang (Yangzi) und in Liaoning. Das heißt, die chinesische Kultur hat nicht eine Geburtsstätte, sondern mehrere. "Innerhalb der Grenzen Chinas hat sich der Übergang der Menschheit von der Alt- zur Jungsteinzeit vielfältig vollzogen; in dem Zeitraum vor 10.000 bis 4.000 Jahren erreichte der Funke der chinesischen Kultur bereits die Provinzen, provinzenfreien Städte und autonomen Gebiete von heute," heißt es in dem Artikel. Es wird dargelegt, daß die auf chinesischem Boden entstandenen Frühkulturen die gleichen Kulturleistungen hervorgebracht hätten, was anhand von vier Beispielen gezeigt wird, nämlich dem Drachensymbol, der Schrift, städtischen Siedlungen und Bronzegerät. Diese Errungenschaften seien in dem jeweiligen Gebiet selbständig entwickelt worden, heißt es. Zugleich aber wird behauptet, diese Kulturleistungen hätten sich jeweils untereinander beeinflusst oder wiesen Ähnlichkeiten auf. Mit dieser Behauptung soll offensichtlich ein Zusammenhang konstruiert werden, wo möglicherweise gar keiner besteht. Die Schriftfunde beispielsweise, von denen nicht in jedem Fall erwiesen ist, daß es sich überhaupt um echte Schriften handelt, und die zu meist noch gar nicht entziffert sind, werden quasi als Vorformen der heutigen chinesischen Schriftzeichen hingestellt. Damit soll suggeriert werden, daß sie - wie auch die übrigen angeführten Kulturleistungen - bereits Teil der großen chinesischen Kultur sind oder zumindest zu dieser hinführen. Inwieweit die Wissenschaft den Widerspruch zwischen der These mehrerer selbständig entstandenen Kulturen und dem postulierten Zusammenhang unter ihnen bereits aufgelöst hat, muß hier dahingestellt bleiben, doch ist davon auszugehen, daß diese Fragen noch intensiver Erforschung bedürfen, bevor endgültige Aussagen gemacht werden können.

Besonderer Wert wird auf die Feststellung gelegt, daß alle diese Errungenschaften auf chinesischem Boden entstanden sind, also eigene, sozusagen "chinesische" Kulturleistungen sind und nicht etwa vom Westen nach China gebracht wurden, wie man es bisher etwa von der Bronze angenommen hat. Bronzegerät sei in China noch früher,

als bisher vermutet, vorhanden gewesen, nämlich bereits am Ende der Jungsteinzeit, und aufgrund der Formen und Dekors sei erwiesen, daß die "chinesischen Vorfahren" sie selbst geschaffen hätten.

Im dritten Abschnitt wird die Frage nach dem Beginn der chinesischen Kultur gestellt. Die traditionelle Geschichtsschreibung, so wird erwähnt, habe die Xia-Dynastie (21.-17. Jh. v.Chr.) als Beginn der chinesischen Kulturgeschichte hingestellt. In den 1920er Jahren sei diese These jedoch von einigen Früh- und Althistorikern angefochten worden; sie hätten die Existenz der Xia-Dynastie angezweifelt. Diese Historiker, die sog. "Zweifel am Altertum", haben die Xia-Dynastie tatsächlich als legendär hingestellt und nachgewiesen, daß seit der Zhou-Zeit, insbesondere aber seit der Han-Zeit die Historiographen die Geschichte immer weiter in die Vergangenheit zurückverlegten und mit fortschreitender Zeit immer neue, angeblich "historische" Einzelheiten zu einem Gesamtbild geformt wurden, das zu einem wesentlichen Pfeiler des konfuzianischen Gedankengebäudes wurde.

In diesem Artikel nun werden die Zweifel bezüglich der Existenz der Xia-Dynastie verworfen und diese als eine lebendige, historische Kultur betrachtet, deren Zentrum sich nicht nur am Mittellauf des Huang He befunden haben soll, sondern die sich auch bis zum Mittel- und Unterlauf des Chang Jiang erstreckt haben soll. Auch hier wird wiederum ein Zusammenhang unterstellt, der keineswegs gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis ist. Die Existenz der Xia-Dynastie wird anhand archäologischer Fundstätten, u.a. den Ruinen einer Königsstadt, mit zahlreichen Überresten von Kult- und Gebrauchsgegenständen illustriert. Solche Funde freilich beweisen lediglich, daß es in diesen Gebieten menschliches Leben auf einer gewissen Kulturstufe gab, nicht aber, daß ein staatsähnliches Gebilde unter einer einheitlichen Dynastie bestand.

Der Verfasser gibt sich allerdings keineswegs damit zufrieden, etwa die Xia-Dynastie als Beginn der chinesischen Kultur zu sehen. Diesen verlegt er noch einige Jahrtausende weiter zurück, indem er auf Funde verweist, die nahelegen, daß bereits vor 8-10 Jahrtausenden in der zentralchinesischen

Ebene sowie am Mittel- und Unterlauf des Chang Jiang Naßreisanbau gepflegt wurde. Damit sei die These, daß der Naßreisanbau aus Indien oder Japan nach China gekommen sei, widerlegt, heißt es. Funde alter Musikinstrumente liefern dem Verfasser weitere Argumente für das hohe Alter der chinesischen Kultur.

Auf subtile Weise wirkt der Artikel, der durchaus kein Einzelfall ist, an der Schaffung neuer Mythen mit: 1. dem Mythos, daß sich auf chinesischem Boden seit der Entstehung des Menschen überhaupt kontinuierliches menschliches Leben entwickelt hat; 2. dem Mythos, daß der heutige geographische Raum China von Anbeginn, wenn auch keine Einheit, so doch ein irgendwie zusammenhängendes Gebilde war, d.h. der chinesische Raum wird in seinen heutigen Grenzen weitgehend auf die Vorzeit projiziert; und 3. dem längst überwunden geglaubten Mythos von der vieltausendjährigen überlieferten Geschichte Chinas, die nicht erst mit der historisch gesicherten Shang-Dynastie (16.-11. Jh. v.Chr.) beginnt, sondern mindestens mit der Xia-Dynastie. Man hat das Gefühl, daß heute ein umgekehrter Prozeß in Gang ist wie derjenige der Wissenschaft in den zwanziger Jahren: Heute wird das, was die damaligen Gelehrten, die sich zugegebenermaßen nicht auf das archäologische Fundmaterial von heute, sondern nur auf die vorhandenen schriftlichen Quellen stützen konnten, in das Reich der Legende verwiesen haben, wieder als Historie akzeptiert, wobei die Tendenz nicht zu übersehen ist, daß der Beginn der Geschichte - und damit ist wahrnehmbare überlieferte Geschichte gemeint - immer weiter in die Vorzeit zurückverlegt wird.

Diese Tendenz hatte freilich schon in maoistischer Zeit eingesetzt, damals allerdings mit der Absicht, die im marxistischen Entwicklungsschema postulierte Sklavenhaltergesellschaft auch auf chinesischem Boden nachzuweisen. Von solchen ideologischen Vorgaben ist man heute weit entfernt. Heute geht es darum, die chinesische Nation mit Stolz über ihre lange Geschichte und ihre großen kulturellen Leistungen zu erfüllen und zugleich die Vorstellung vom einheitlichen, wenn auch in sich differenzierten Kulturraum China seit alters her zu suggerieren. Mit anderen Worten, die Archäologie wird in den Dienst des Patriotismus gestellt. Nicht

umsonst heißt es am Schluß des Artikels, die archäologischen Funde seien das lebendigste Material zur patriotischen Erziehung und spielten eine unersetzliche Rolle für die Steigerung der Kondensationskraft der chinesischen Nation sowie den Aufbau der sozialistischen geistigen Kultur. -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(22)

### China dringt auf schnellen GATT-Beitritt

Der Abschluß der Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) hat den Wunsch Chinas auf einen schnellen Beitritt vor Umsetzung der Verhandlungsbeschlüsse verstärkt. Nach Einschätzung der MOFTEC-Ministerin Wu Yi habe sich China inzwischen als GATT-Vertragspartei qualifiziert. Mit der Abschaffung des gespaltenen Wechselkursystems Anfang d.J. sei das chinesische Außenwirtschaftssystem noch stärker an die GATT-Regeln angepaßt worden. (CD, Business Weekly, 9.-15.1.94)

Die Bemühungen um einen baldigen GATT-Beitritt sind auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß China nur dann Gründungsmitgliedschaft in der geplanten Welthandelsorganisation (World Trade Organisation = WTO) werden kann, wenn die Aufnahme in das GATT noch in diesem Jahr erfolgt. Hierdurch würde China in den Genuß der neu in der Uruguay-Runde ausgehandelten Handelserleichterungen kommen. Die nächste Sitzung der "Arbeitsgruppe China" im GATT ist auf März dieses Jahres festgelegt. (SCMP, 10.1.u.21.1.94)

Daß Chinas Integration in die Weltwirtschaft durch Aufnahme in das GATT erforderlich ist, wird von den GATT-Vertragsparteien nicht bestritten. In den verschiedenen Verhandlungsrunden wurden vielmehr die Bedingungen einer Aufnahme (aus chinesischer Sicht "Wiederaufnahme") diskutiert, da bestimmte Mitgliedsländer durch Auflagen ihre Märkte vor einer Überschwemmung mit chinesischen Exporten schützen wollen. (FT, 31.1.94) -schü-